

Schwarzweiße Mediendiktatur ignoriert Bevölkerungsängste

Die mediale Anti-Pegida-Kampagne wird zunehmend undifferenzierter und gegen alle [Abweichler](#) gnadenlos forciert. Sie teilt die Bevölkerung ein in ein rechtes Lager der Ewiggestrigen und in das linke Spektrum politisch korrekter Multikulti-Befürworter – die schweigende Mehrheit fällt anlassbedingt bereits unter den Tisch. Dass es in beiden Lagern zahllose Schattierungen von Dunkelrot bis Hellschwarz gibt und dass hier wie dort emotionaler Propagandismus ebenso daheim ist wie sinnfällige Vernunftargumente, interessiert keinen der Propagandisten. Überhaupt hat es sich selbst nach über einem Jahrhundert politischer Meinungsbildung nicht herumgesprochen, dass eine farbenpolitische Einteilung (Rote, Grüne, Braune, Schwarze usw.) niemals der tatsächlichen Wählerwirklichkeit entspricht und schon gar nicht deren jeweiligen Argumenten gerecht werden kann.

So auch nicht jener, die sich zur Zeit in der Pegida-Demonstration vereinigt haben. Natürlich sind darunter auch jene Ewiggestrigen, die staatliche Ordnung mit Führerkult und kulturelle Werte mit Rassenhygiene gleichsetzen, aber die gibt es auch in den sog. Christlichen Volksparteien, wie umgekehrt auch extreme linke Elemente nicht nur in der Linken zu suchen sein werden. Mehrheitlich nämlich geht es der [Pegida-Bewegung](#) um politische Mängel und die Eindämmung einer Überfremdung, die sich seit langem vor allem in unseren Großstädten breitmacht und in der teilweise ganze Stadtviertel der deutschen Kultur entfremdet werden. Das Spektrum der kulturellen Entfremdungsängste und damit vielfach verbunden auch eines zunehmend frustbehafteten Verteidigungsdenkens reicht dabei von der Angst der Veränderung deutscher Werte und Lebensgewohnheiten (das sog. deutsche Ethnikum) über die Angst religiöser und kultureller Verwässerung und – im Fall des Islam – religiöser Gewalt usw. bis hin zu Vaterlandsverrat, und zwar nicht nur auf Seiten jener, die unter ethnozentristischen Weltanschauungen leiden.

Die meisten dieser Ängste sind in der Bevölkerung verankert in nicht selten medial aufbereiteten Einzelerfahrungen – beispielsweise wenn der türkische Ehemann seine Frau schlägt oder im Fall der ehelichen Untreue sogar umbringen lässt, wenn Eltern von Migranten auch nach jahrelangem Aufenthalt noch kein anständiges Deutsch sprechen und sich als Gast ihre eigene Subkultur aufbauen, aber Sozialleistungen beanspruchen usw., usw. –, die dann kulturell und ethnografisch verallgemeinert werden und so ständig neue Nahrung gewinnen. Gleichzeitig müssen auch jene Ängste formuliert und ernst genommen werden dürfen, die mit einer Multi-Kulti-Gesellschaft amerikanischer Prägung nichts anzufangen wissen bzw. eine solche vor dem Hintergrund der eigenen Traditionen nicht für gerecht und noch weniger für geeignet halten für die deutsche Mentalität. Und das hat nicht einmal vordergründig mit mangelnder Hilfsbereitschaft zu tun, sondern schlicht und ergreifend mit dem Recht auf kultureller und religiöser Stabilität – egal zu welchem Grad diese Kultur oder Religion dann persönlich gelebt wird. Der Grund: Kulturelle Eigenheiten unterliegen stark emotionsbehafteten Lebens- und Wertevorstellungen, deren Gefährdung viel empfindlicher wahrgenommen und die deswegen viel heftiger verteidigt werden als beispielsweise die Nachteile des saisonalen Massentourismus in Ländern mit hohem Tourismusaufkommen.

In solch einem hoch emotionalisierten Umfeld – und das betrifft beide Seiten, diejenige der Pegida-Bewegung ebenso wie die ihrer Gegner – gedeihen dann nicht nur Vorurteile. Man hört sich irgendwann überhaupt nicht mehr richtig zu, nimmt keinerlei Argumente mehr wahr und schon gar nicht die tatsächlichen oder geglaubten Ängste und Befürchtungen der jeweils anderen Partei. Tatsache wäre nämlich, dass die Mehrheit der Pegida-Bewegung nicht gegen Muslime geht, sondern gegen politisch wie religiös ideologisierte Gewaltbereitschaft. Noch dazu einer Gewaltbereitschaft, welche die Bürger des Gastgeberlandes mit in die Gewalt hineinzieht, weswegen dann auch das Gastrecht in Frage gestellt wird. Und dieses Gewaltpotenzial kann selbst moderaten Muslimen ebenso wenig abgesprochen werden wie fundamentalistisch orientierten Christen. Beide leben nämlich in einer religiös indoktrinierten Scheinwelt, in der religiöses Schwarz-weiß-Denken die Normalität ist. Ob es sich dann um ein wörtliches Bibelverständnis handelt, mit dem sich sogar Morde rechtfertigen lassen, oder um einen religiösen Führerkult, dessen Infragestellung ebenfalls mit allen Mitteln verfolgt wird, oder um bornierte Traditionen, die sogar noch einen Heiligenstatus rechtfertigen usw., immer handelt es sich um Welt-, Menschen- und Gottesbilder, die in einer aufgeklärten Welt nichts zu suchen haben.

Wie verheerend dieses Denken ist, erleben wir heute tagtäglich in den Nachrichten. Im Fall des weltweit zunehmend aggressiveren Islamismus sind diese Ängste sogar völlig realistisch und werden von Politik und Kirche hoffnungslos unterschätzt. Die weltweite Christenverfolgung (siehe [Weltverfolgungsindex](#)) nimmt exponentiell zu und hat mittlerweile dramatische Ausmaße angenommen. Christen leiden in immer mehr Regionen dieser Erde unter immer

schärferer Verfolgung. Vordergründig betrachtet steckt dahinter ein Islamistischer Extremismus, der abhängig ist von der guten oder schlechten religiösen Sozialisation seiner jeweiligen Verfechter. Bei näherer Betrachtung stellt sich indes heraus, dass die heutigen Islamisten von einer politischen Ideologie angetrieben werden, einer undifferenziert schwarz-weißen Feinbildideologie, die in den grundlegenden Texten des Islam eingebettet ist ([Ayaan Hirsi Ali](#)), z.B., wie die Islamwissenschaftlerin [Christine Schirrmacher](#) nachweist, in den Kampfaufrufen Mohammeds, weswegen eben doch von der Gefahr der zunehmenden Islamisierung unserer Gesellschaft zu sprechen sein wird. Denn damit geht es nicht länger um die Unterscheidung in sog. gemäßigte Muslime – mit Sicherheit die Mehrheit in Europa – und eine kleine Minderheit von kopflosen Extremisten, sondern es geht darum, dass die Kultur des Islam grundsätzlich exklusivistisch, polarisierend, ausgrenzend und damit kriegerisch und gefährlich ist.

Denn diese Ideologie, die hinter dem Extremismus steht, hat Kultur und ist selber Kultur, nämlich die Kultur eines naiven vormittelalterlichen Weltbildes, im welchem die Menschen ihre Götter oder Gottheiten verteidigen zu müssen glauben und in dem es Heilige Schriften und noch Heiligere Menschen gibt, deren Infragestellung reflexartig mit Drohungen und zunehmend mit Verfolgungen quittiert wird. Eine Religion, die sich selber als der Ausguss alles göttlichen sieht und u.a. deshalb auch keine Satire verträgt, und religiöse Führer, die sich auf den Schlipps getreten fühlen, wenn ihre Traditionen oder ihre religiösen Vorstellungen oder gar sie selber karikiert werden, hat im Grunde das Recht auf Akzeptanz verloren, zumindest jedoch das Recht, von einer aufgeklärten Bevölkerung als Religion ernst genommen zu werden. So ist es auch kein Zufall, dass die Aufklärung am Islam im Grunde genommen vorbeigezogen ist, ihn in keiner Weise beeinflusst hat. Im Gegensatz zur Bibel der Christen hat der Koran keine historisch-kritische Forschung erlebt, ja das Element kritischer universitärer Forschung und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung existiert bis heute nicht in der Kultur des Islam. Dass solches im 21. Jh. Karikaturisten auf den Plan bringt, ist nur allzu verständlich.

Mit Anna Lutz vom [Christlichen Medienmagazin pro](#) ist anlässlich des islamistischen Terroranschlags auf ein franz. Satiremagazin CHARLIE HEBDO festzuhalten, dass es nicht um die Frage gehen kann, ob und falls ja wann der Glauben anderer Religionen durch den Dreck gezogen wird, sondern darum, dass keine Religion der Welt daraus ein Anrecht auf Selbstjustiz, geschweige denn Mord für all jene ableiten kann, die ihre Führer oder Götter nicht so ernst nehmen, wie sie das gerne hätten bzw. die ihre geistigen ‚Errungenschaften‘ kritisch hinterfragend hin und wieder auch mit Spott reagieren. Die Verletzung religiöser Gefühle Andersgläubiger ist sicherlich eine Frage des Anstands und der Bildung – ein anständiger und ethisch hochstehender Mensch wird immer versucht sein, seinen Mitmenschen und dessen Gefühle und Weltanschauungen zu respektieren –, und diesbezügliche Übertretungen können u.U. strafrechtliche Konsequenzen haben, aber sie kann und darf unter zivilisierten Menschen niemals mit Verfolgung und dem Zufügen körperlicher oder materieller Schäden bereinigt werden. Neben rein rechtlichen Fragen ist in jeder dieser Fälle aber auch die Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen, die u.a. besagt, dass je höher der religiöse Anspruch von seiner eigenen – geschichtlichen, kulturellen wie situativen – Realität abweicht, desto verständlicher wird automatisch das Spottkorrektiv derjenigen, die diesen Anspruch aufgrund seiner Kluft zur Realität oder vernunftorientierten Sinnfälligkeit ins Lächerliche ziehen.

Zum anderen, und damit kommen wir zurück zur Ausgangsproblematik, unterliegt es der Bürgerpflicht von Politik und Medien, die Ängste ihrer Bevölkerung ernst zu nehmen, selbst wenn diese einmal nicht so begründet erscheinen bzw. stichhaltig dargelegt werden mögen, wie das manche gerne hätten und im Einzelfall u.U. sogar notwendig wäre. Zumindest aber sollten alle Beteiligten die Möglichkeit haben, ihre Argumente zu Gehör zu bringen und dabei erkennen, dass diese wo immer möglich ernst genommen werden – was im Fall der Pegida-Hetzkampagne (siehe [hier](#) und [dort](#)) aber nicht der Fall ist. Hier ist außerdem dem Dresdener Kommunikationswissenschaftler [Wolfgang Donsbach](#) recht zu geben, dass es nicht die Aufgabe der Medien ist, Partei für die eine oder andere Gruppierung zu ergreifen. Medien haben zu berichten, sollen und dürfen in ihren Kommentaren mit Argumenten brillieren, aber haben nicht die Aufgabe, aktive Politik zu betreiben bzw. sich in die Aufgaben der Politik einzumischen – dafür sind die Volksvertreter vom Volk gewählt worden und nicht die Journalisten. Dies gilt im Übrigen auch für die Kirchenvertreter, denen es besser anstünde, gegen die weltweite Verfolgung der Christen zu Felde zu ziehen und die Politik diesbezüglich in die Pflicht zu nehmen, „anstatt mit albernem Symbolaktionismus Lichter an Domen auszuknipen, wenn Leute gegen eine befürchtete ‚Islamisierung‘ protestieren, und mit wohlfeilen amtskirchlichen Worten über Menschen herzufallen, die sich berechtigte Sorgen machen, sollten sich Kirchenführer und Laien für eine aktive Flüchtlingspolitik sowie eine entsprechende Bewusstseinsbildung einsetzen.“ (Johannes Röser in „[Christ in der Gegenwart](#)“)